
4411/J XXII. GP

Eingelangt am 22.06.2006

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Anfrage

der Abgeordneten Mag. Johann Maier
und GenossInnen
an die Bundesministerin für Justiz
betreffend Versteigerung von Prostituierten in London

Auf internationaler Ebene wurden in den letzten Jahren zahlreiche Abkommen und Maßnahmen gegen Frauenhandel und Zwangsprostitution beschlossen, trotzdem werden immer wieder schockierende Fälle von Menschenhandel und Zwangsprostitution bekannt. So berichtete „Die Krone“ am 6. Juni 2006 über eine unfassbare Entwicklung in England, die alle bisherigen Berichte in den Schatten stellte. Die Wirksamkeit aller Abkommen und nationaler Maßnahmen muss hinterfragt werden.

„Prostituierte in London öffentlich versteigert.

London. Auf britischen Flughäfen werden Zwangsprostituierte öffentlich wie Sklavinnen versteigert, berichtet die Londoner Staatsanwaltschaft. Die meisten der Mädchen, die gleich nach ihrer Ankunft an meistbietende Bordellbesitzer verkauft werden, kommen aus Osteuropa.“

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an die Bundesministerin für Justiz nachstehende

Anfrage:

1. War Ihnen bzw. dem Ressort dieser Sachverhalt bekannt?

2. Was haben Sie in weiterer Folge - als EU-Ratspräsidentin - zur Durchsetzung der entsprechenden internationalen Abkommen und von europäischem Recht dagegen unternommen?
3. Gegen welche internationale Abkommen und EU-Rechtsakte wurde dabei verstoßen?
4. Haben Sie diesbezüglich Kontakt mit dem englischen Premierminister Toni Blair oder dem englischen Justizminister Charles Falconer aufgenommen?
Wenn nein, warum nicht?
5. Wenn ja, was haben Sie mit Toni Blair bzw. mit dem englischen Justizressort vereinbart?
6. Welche Maßnahmen wurden in England ergriffen, um die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen und den betroffenen Frauen zu helfen?
7. Sind Ihnen ähnliche derartige Vorfälle über EUROPOL gemeldet worden?
Wenn ja, welche?